

Bildungsforschung Osteuropa – Neue Desiderata im Kontext des Bologna-Prozesses

CHRISTINE TEICHMANN, BERLIN

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa 1989/90 verursachte seinerzeit eine „Legitimationskrise“ der Osteuropaforschung, die maßgeblich mit dem Vorwurf des ‚Versagens‘ der Prognosefähigkeit¹ der Wissenschaft hinsichtlich der nahezu synchronen Implosion der kommunistischen Regime begründet wurde. Zum anderen war mit dem Wegfall des sogenannten Eisernen Vorhangs und der damit einhergehenden Abschwächung oder gar Beseitigung früherer Gegensätze zwischen Ost und West die Annahme verbunden, dass nunmehr weitaus weniger (oder in Zukunft kein) „Bedarf an kontinuierlicher und systematischer Analyse der komplexen Veränderungen in dieser Region“² bestünde und folglich die Osteuropaforschung ihren – bis dahin vor allem politisch geprägten – hohen Stellenwert verlieren würde. „Zugespitzt hat sich die Kontroverse darauf, ob es überhaupt gesonderte Osteuropa-Studien geben soll oder ob sie in die allgemeinen Disziplinen zurückkehren oder integriert werden sollen.“³ Daraus erwuchs im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine der vordringlichen Aufgaben der Osteuropaforschung: Mit ihren Forschungsergebnissen den Nachweis zu erbringen, dass die erwähnte Annahme ein Irrtum ist, der zu einschneidenden Konsequenzen in Wissenschaft und Politik führen kann. Dies wiederum ist – so die Meinung vieler Osteuropaforscher – nur durch einen Paradigmenwechsel in der Osteuropaforschung selbst möglich, welcher der veränderten Wahrnehmung der Region in der öffentlichen Diskussion nach den Ereignissen von 1989/90 und der EU-Osterweiterung Rechnung trägt.⁴

Im Schnittpunkt von Bildungs- und Osteuropaforschung: Die Transformation der Hochschulsysteme in Osteuropa

Forschungen, deren Gegenstand die Länder Osteuropas bilden, sind zwar seit langer Zeit an deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen etabliert, konzentrieren sich aber fast ausschließlich auf wirtschaftswissenschaftliche, historische und

sprach- bzw. literaturwissenschaftliche Themen, die als die traditionellen Schwerpunkte in diesem Forschungsbereich gelten. Die *Wissenschafts- und Bildungsforschung* nimmt dort seit jeher eine periphere Stellung ein.

Obwohl die Sozialwissenschaften durch die Transformation der postkommunistischen Staaten einen großen Auftrieb erfahren haben, ist dieser in den Einzeldisziplinen in sehr unterschiedlichem Maße spürbar. 1996 wurde erstmals in Deutschland eine signifikante Zunahme sozialwissenschaftlicher Forschungen zum Thema Ost- und Mitteleuropa festgestellt. Die meisten auf Osteuropa bezogenen Arbeiten, die sich mit dem politischen Wandel und den wirtschaftlichen Transformationsprozessen befassten, wurden in der Soziologie vorgelegt. Erhebungen aus den 90er Jahren zur disziplinären Verteilung von Forschungsprojekten zu Osteuropa bzw. ihrer institutionellen Einbindung verweisen zudem auf eine Dominanz der Wirtschafts- und Politikwissenschaften.⁵ Die Prognose von Klaus v. Beyme,⁶ der zufolge die Osteuropa-Wirtschaftsforschung vermutlich die besten Zukunftsaussichten habe, da sie ins Zentrum des Interesses der öffentlichen und privaten Geldgeber gerückt sei, dürfte sich in den zurückliegenden Jahren bestätigt haben. Es wurde aber auch davon gesprochen, dass sich die Gewichte der Einzeldisziplinen der Sozialwissenschaften im weiteren Sinne in der Osteuropaforschung verschieben würden.⁷ Hinsichtlich der *Bildungs- und Hochschulforschung* ist dies zumindest im Ansatz zu beobachten gewesen,⁸ wenngleich nach wie vor die Bereitschaft, die notwendige Infrastruktur in ausreichendem Maße zu finanzieren, gerade für die auf Osteuropa bezogene Hochschulforschung sehr gering ist. *Die Nachhaltigkeit beziehungsweise Verstetigung institutionalisierter Forschung über die Hochschultransformation in den Ländern Osteuropas ist heute immer noch ein Desiderat.*

Auch in der internationalen Transformationsforschung, die sich zu Beginn der 90er Jahre rasch entwickelte, war und ist zu beobachten, dass die mit dem Systemwechsel initiierten Veränderungen im

Bildungsbereich kaum Gegenstand der Forschungen sind.⁹ Im Vordergrund standen auch hier Untersuchungen zum politischen, wirtschaftlichen sowie sozialpolitischen Strukturwandel. Die Ursachen dafür, dass den bildungspolitischen und pädagogischen Wandlungsprozessen in den postkommunistischen Transformationsstaaten nur wenig Forschungsinteresse entgegen gebracht wurde, sind – wie es Henze formulierte – mit Sicherheit auch darin zu sehen, dass es „an Versuchen zur Integration oder Verklammerung von methodischen Ansätzen und explikativen Designs aus der Politikwissenschaft, vergleichender Bildungsforschung und einschlägiger Regionalforschung [fehlt].“¹⁰

Das inzwischen – nicht nur in den Gesellschaften der osteuropäischen Staaten – gewachsene Bewusstsein davon, welche Bedeutung dem „Humankapital“ für eine erfolgreiche Transformation von Gesellschaften unter den Bedingungen der weltweiten Globalisierung zukommt, sowie auch die Perspektive eines europäischen Hochschulraumes, an dem die meisten Länder Osteuropas beteiligt sein werden, lassen erwarten, dass der Bildungs- und Hochschulforschung, die auf die nationalen Bildungssysteme der Länder dieser Region fokussiert ist, in Zukunft ein neuer Stellenwert in der sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung zukommen wird. Oder anders gesagt: Die öffentliche Wahrnehmung der Rolle von Bildung (und vor allem höherer Bildung) in den Gesellschaften der osteuropäischen Länder sollte Anlass dafür sein, dass sich die Osteuropaforschung diesem Gegenstand mit ihrer spezifischen Kompetenz in Zukunft in stärkerem Maße zuwendet.

Europa wächst zusammen – auch im Bildungsbereich

Die osteuropäischen Länder stehen seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ nicht nur vor den Herausforderungen der Umgestaltung ihrer Gesellschaften, sondern müssen sich gleichzeitig den Problemen eines weltweit verschärften Konkurrenzkampfes im Kontext der Globalisierung und der Entstehung einer wissensbasierten Gesellschaft stellen. Die westlichen Länder hingegen sahen sich bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre massiv mit derartigen Problemen konfrontiert und reagierten darauf, indem sie transnationale Netzwerke und Zusammenschlüsse schufen – wie zum Beispiel die Europäische Union. Diese waren zunächst auf den Gebieten der Politik und Wirtschaft angesiedelt. In den 90er Jahren zeig-

te sich jedoch, dass für die Zukunft des europäischen Kontinents nicht nur wirtschaftliche Integrationsprozesse von entscheidender Bedeutung sind, sondern auch die Notwendigkeit besteht, die Bildung in diese Prozesse einzubeziehen und ein „Europa des Wissens“ zu gestalten, um im Wettbewerb mit den außereuropäischen Ländern bestehen zu können. Es ging im wesentlichen darum, die europäische Einigung auch im Bereich der tertiären Ausbildung und vor allem auf dem Gebiet der Hochschulbildung durch die Errichtung eines „europäischen Hochschulraumes“ voranzutreiben. Dies führte Ende der 90er Jahre zur Unterzeichnung der von mehreren Bildungsministern initiierten *Erklärung von Bologna*, einer freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtung europäischer Staaten, die Strukturen ihrer Hochschulsysteme durch eine Vereinbarung zwischen Regierungen konvergierend zu reformieren sowie (nahezu) gesamteuropäische Kohärenz unter Wahrung der Rechte der Hochschulen und ihrer Verschiedenartigkeit herzustellen. Die Erklärung wurde im Juni 1999 von 29 Staaten unterzeichnet – dazu gehörten damals bereits 10 der neuen Staaten aus Ost- und Mitteleuropa.¹¹ Im September 2003 haben die Bildungsminister von inzwischen 33 Signatarstaaten der Bologna-Erklärung auf einer Folgekonferenz in Berlin mit der Entscheidung, Russland in ihren Kreis aufzunehmen, eine seit langem geführte politische und wissenschaftliche Diskussion zum Abschluss gebracht (zumindest in ihrem Kompetenzbereich) – und zwar die Diskussion um die Frage, wie groß Europa ist, wo die Grenzen Europas liegen, welche Länder zu Europa gehören. Nach dem Verständnis der Bildungsminister gehört Russland dazu, denn es wird sich gemäß der mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna übernommenen Verpflichtungen an der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 beteiligen.

Der formale Akt der Unterzeichnung dieser Erklärung ist lediglich der Beginn eines komplizierten Prozesses, der sowohl jedem einzelnen Land als auch der Gemeinschaft der beteiligten Staaten in den kommenden Jahren große Anstrengungen bei der Umgestaltung ihrer nationalen Hochschulsysteme abfordern wird. Die jeweiligen Ausgangspositionen der Länder sind recht unterschiedlich. Wenngleich die Erklärung von Bologna hinsichtlich der zu erfüllenden Kriterien nicht mit einem EU-Beitritt zu vergleichen ist (d.h. es werden nicht solch strenge Maßstäbe an die Hochschulsysteme der integrierten

Länder angelegt), werden aber insbesondere die postkommunistischen Transformationsstaaten stark gefordert, um bis zum Jahr 2010 eine „Harmonisierung“ ihrer Hochschulbildungssysteme mit denen der westeuropäischen Länder zu erreichen.

Russlands schwieriger Weg nach Bologna

Mit der Aufnahme der Russischen Föderation in den Kreis der Bologna-Staaten wurde eines der größten Hochschulsysteme in die „Baustelle Europäischer Hochschulraum“ integriert, dessen Leistungsfähigkeit bis weit in die 80er Jahre hinein in einzelnen Teilbereichen durchaus mit den Hochschulsystemen führender westlicher Industrienationen vergleichbar war. Ebenso ist aber auch zu konstatieren, dass der Qualitätsverlust in der Hochschulbildung, den Russland in den letzten 10–15 Jahren verzeichnen musste, derart gravierend ist, dass das Land in einigen Parametern der Hochschulbildung in die Nähe von Entwicklungsländern gerückt ist. Mit diesem „Kapital“ – sowohl negativ als auch positiv – bringt sich die Russische Föderation jetzt in das ehrgeizige europäische Vorhaben eines gemeinsamen Hochschulraumes ein.

Russland hat mit dem Beitritt zum Bologna-Prozess – wie alle anderen Länder auch – zunächst eine Absichtserklärung abgegeben, die wiederum deutlichen Handlungsbedarf auf russischer Seite hat entstehen lassen. Zum einen gibt es erhebliche Unterschiede in der Hochschulausbildung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, die auf spezifische Strukturen und Formen der Hochschulausbildung (wie z.B. das 5-jährige Hochschulstudium zum „diplomierten Spezialisten“, die „Aspirantenausbildung“ nach dem Studium, der Hochschulzugang über Hochschulaufnahmeprüfungen u.a.) zurückzuführen sind und die gemäß der Erklärung von Bologna an europäische Standards angeglichen oder aber anhand bestimmter Kriterien vergleichbar gemacht werden sollen. Andererseits sind Qualitätsunterschiede in der Hochschulbildung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu beheben, d.h. es gilt die in den letzten Jahren in vielen Bereichen eingetretenen Qualitätsverluste wieder wett zu machen und insgesamt eine europäisch und international konkurrenzfähige Hochschulausbildung in Russland aufzubauen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war 2001 die Annahme einer einheitlichen Modernisierungskonzeption für das gesamte Bildungswesen, deren Umsetzung fast zeitgleich mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna begonnen hat und die ebenfalls bis zum Jahr 2010 terminiert ist.

Für Russland sind die neuen und vielfältigen Anforderungen an die Umgestaltung des nationalen Hochschulsystems mit einer Reihe von ernsthaften Problemen verbunden, die dazu geführt haben, dass bereits im Vorfeld der Diskussion um eine Beteiligung des Landes am Bologna-Prozess eine deutliche Spaltung in Befürworter und Gegner unter Hochschulakademikern und -politikern auszumachen war, die sich bis heute – auch nach der Vertragsunterzeichnung – erhalten hat und fortsetzt. Einer der strittigen Punkte in diesem Kontext ist die Einführung zweistufiger Studiengänge – Bachelor und Master –, die als das wichtigste Instrument zur Realisierung der Anforderungen aus der Bologna-Erklärung gilt. In Russland kannte man bis zu Beginn der 90 Jahre nur das traditionelle 5-jährige Hochschulstudium, das mit der Vergabe eines Hochschuldiploms abgeschlossen wird. Mit einer Umstellung der russischen Hochschulbildung auf Bachelor- und Masterstudiengänge würde – so die Meinung der Gegner – ein wesentliches Qualitätsmerkmal der russischen Hochschulbildung geopfert, das gerade für ein hohes Ausbildungsniveau der russischen Hochschulabsolventen stehe. Eine stärker berufsorientierte Ausbildung in Bachelor-Studiengängen, die gemäß der Bologna-Erklärung in einem 3-jährigen Studium zu absolvieren sind, würde schließlich zu Lasten der bisherigen, wissenschaftlich fundierten und breit angelegten Ausbildung gehen und das Niveau der Hochschulabsolventen qualitativ absenken. An den Hochschulen wird diese Frage seit längerem sehr ernsthaft diskutiert, allerdings kann hier nicht näher darauf eingegangen werden. Das Beispiel zeigt jedoch sehr deutlich, wie kompliziert sich der Prozess der Umsetzung der Erklärung von Bologna in einzelnen Aspekten gestaltet und dass bei weitem nicht alle Fragen eindeutig entschieden sind und damit zu rechnen ist, dass bis zum Jahr 2010 auch Änderungen bzw. Korrekturen hinsichtlich der Anforderungen vorgenommen werden können. Der Prozess als solcher bedarf einer Begleitung und Unterstützung durch wissenschaftliche Forschung – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, und dies ist in erster Linie auch eine Herausforderung und Aufgabe für die Bildungs- und Hochschulforschung im Kontext der Osteuropaforschung.

Die europäische Dimension von Hochschulbildung – ein Forschungsdesiderat

Die Aufnahme Russlands in den Kreis der Bologna-Staaten hat auch für die Forschung eine Reihe neuer

Fragen aufgeworfen: Was wissen wir eigentlich über das Hochschulsystem dieses Landes, das quantitativ betrachtet über ein enormes Potenzial an Hochschuleinrichtungen verfügt und das nun in den europäischen Hochschulraum drängt? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Beitritt Russlands für den Prozess der Errichtung des europäischen Hochschulraums? Wie werden sich künftig die Beziehungen zwischen den Ländern auf diesem Gebiet gestalten – werden sie eher gleichberechtigte Partner oder Konkurrenten sein? Die Kenntnisse über das sowjetische Hochschulsystem sind bis zum Fall des so genannten Eisernen Vorhangs nicht sehr umfangreich gewesen, aber auch über die Hochschulreformen der letzten 10–15 Jahre im Kontext der gesellschaftlichen Transformation ist kaum *systematisches* Wissen vorhanden. Im übrigen treffen diese Fragen gleichermaßen auf andere osteuropäische Staaten zu – vor allem auf diejenigen, welche die Absicht verkündet haben, demnächst (bei der Folgekonferenz in Bergen im Mai 2005) einen Aufnahmeantrag in den Kreis der Bologna-Staaten zu stellen (wie z.B. die Ukraine). Mit Blick auf die gesamte Region müssen wir konstatieren, dass noch immer erheblicher Nachholbedarf an Untersuchungen besteht, die sowohl *Kontinuität* als auch *Wandel in der Bildungsentwicklung* der betreffenden Länder sichtbar machen.

So wie Haslinger unter Bezug auf das Fach Osteuropäische Geschichte darauf verweist, dass „die EU-Osterweiterung und mit ihr die Reflexion über das östliche Europa in der europäischen Gesamtentwicklung der Osteuropäischen Geschichte beträchtliches Potential erschließen [können]“¹² ist analog davon auszugehen, dass die Errichtung des europäischen Hochschulraumes die Sicht auf die nationalen Bildungssysteme und Hochschulsysteme in den Ländern der Region verändern wird. Mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna durch die betreffenden Länder wird sich im Zuge der notwendigen Umgestaltungen ihrer nationalen Hochschulsysteme eine *europäische Dimension* entwickeln, deren Ausprägung und Bedeutung sowohl für die einzelnen Systeme als auch für das Gesamtvorhaben eines europäischen Hochschulraumes bislang in der Bildungsforschung kaum Berücksichtigung gefunden haben.

1 Anweiler in: Steininger 2000, S. 266.

2 A.a.O., S. 267.

3 Schlögel 2000, S. 14.

4 Vgl. Haslinger 2004.

5 Vgl. z.B. FORIS-Datenbank, Stand 9/1996.

6 v. Beyme 2000, S. 244.

7 Ebd.

8 Vgl. Teichmann 2002.

9 Vgl. Henze 2003, S. 67.

10 Henze, a.a.O., S. 71.

11 Vgl. dazu ausführlicher Friedrich 2002.

12 Haslinger 2004, S. 43.



Dr. Christine Teichmann, Dipl. Dolmetscherin und Übersetzerin, Linguistin, Soziologin. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Hochschultransformation in den Übergangsgesellschaften der Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie Zentralasiens; Internationalisierung von Hochschulbildung; Wissenschaft und Bildung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Korrespondenzadresse: 10178 Berlin, Memhardstr. 3, Fon/Fax: (030) 24 115 23, E-mail: Christine.Teichmann@gmx.de.

Literatur

Beyme, Klaus von (2000): Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmenwandel der „Transitologie“, in: Creuzberger, Stefan u.a. (Hg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung, Köln, S. 225-244.

Friedrich, Hans Rainer (2002): Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses, Wittenberg, 22 S. (=HoF Arbeitsberichte 2002; 4)

Haslinger, Peter (2004): Vor einem Paradigmenwechsel? Die Osteuropäische Geschichte und die EU-Osterweiterung, in: Osteuropa 4/2004, 54. Jg., S. 40-46.

Henze, Jürgen (2003): Ergebnisse der Transformationsforschung zum Wandel von Bildungssystemen in Übergangsgesellschaften, in: *Tertium Comparationis*, vol. 9, No. 1, S. 67-80.

Schlögel, Karl (2000): Was einem auf die Frage nach der Situation der deutschen Osteuropa-Studien einfällt, in: *Berliner Osteuropa Info* 15/2000, S. 13-15.

Steininger, Alexander (2000): Osteuropaforschung – gestern, heute, morgen. Ein Interview mit Oskar Anweiler, in: Creuzberger, Stefan u.a. (Hg.): *Wohin steuert die Osteuropaforschung*, Köln, S. 263-271.

Teichmann, Christine (2002): Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten, Wittenberg, 42 S. (=HoF Arbeitsberichte 2002; 5).
